

Mittwoch, 19. Dezember 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

## INFO

### **Eklat bei Anhörung zum Kraftwerk**

**Die Erörterung zum Kraftwerk in Lubmin hat mit Protesten begonnen. Gleich zu Beginn verließen Verbände die Anhörung in Greifswald.**

**Greifswald** (dpa/OZ) Die Erörterung zum Bau des Steinkohlekraftwerks in Lubmin hat gestern mit einem Paukenschlag begonnen und endete auch mit einem solchen: Gleich zu Beginn sprengten Umweltverbände und Bürgerinitiativen, die mit Plakaten in den Saal eingezogen waren, in Greifswald den Auftakt der Anhörung für das geplante umstrittene 1600 Megawatt-Kraftwerk. Wenige Stunden später schlossen die Behörden dann noch die ursprünglich für mehrere Tage angesetzten Erörterungen ab.

Der dänische Konzern Dong Energy will das Kraftwerk bis 2012 für rund zwei Milliarden Euro errichten. Kritiker-Anwalt Peter Kremer konfrontierte unter Beifall von rund 200

Kraftwerksgegnern die Genehmigungsbehörde, das Staatliche Amt für Umwelt und Natur in Stralsund, mit zwei Anträgen und forderte eine Aussetzung des Verfahrens. Erstens sei das Amt als eine Unterbehörde des Wirtschaftsministeriums, das sich zuvor für das Projekt ausgesprochen hatte, befangen. Zweitens fehlten wichtige Unterlagen, begründete Kremer die Anträge. Darauf verließen die Spitzen der Umweltverbände und deren Juristen den Saal.

Nach zweistündiger Unterbrechung lehnten Agrar- und Wirtschaftsministerium als Dienst- und Fachaufsichtsbehörde den Befangenheitsantrag ab. Auch das Staatliche Amt für Umwelt und Natur (

StAUN) sah keinen Grund für eine Vertagung der Erörterung. Es habe den Kritikern hinreichend Gelegenheit gegeben, die Antragsunterlagen einzusehen, begründete Amtsleiter Reinhard Stahlberg die Entscheidung. Das Amt hatte vor der gestrigen Erörterung die 1400 Einwendungen nach Themenkomplexen sortiert. Wann eine Entscheidung über die erste bauplanungsrechtliche Teilgenehmigung fallen werde, sei offen, betonte Stahlberg.

Das sehen die Kraftwerksgegner völlig anders. Sie werfen der Genehmigungsbehörde vor, das Projekt durch das Verfahren peitschen zu wollen. Erst vor 12 Tagen war die Einwendungsfrist abgelaufen. „Ich bin der Verursacher für die Eile“, stellte sich Lubmins Bürgermeister, Klaus Kühnemann (Wählergemeinschaft), vor. Die Gemeinde hatte beschlossen, zum 31. Dezember aus dem Zweckverband Lubminer Heide auszutreten, um damit die Planungshoheit über große Teile des Industriegebietes, auf dem das Kraftwerk entstehen soll, zurückzugewinnen. Dem StAUN wirft Kühnemann vor, mit der baurechtlichen Teilgenehmigung noch in diesem Jahr Tatsachen schaffen zu wollen.

Nach Ansicht der Umweltverbände sind nicht nur die Antragsunterlagen fehlerhaft und die Behörden parteiisch. Das Projekt verstoße auch gegen europäische Naturschutzrichtlinien. Für den Rechtsanwalt der Umweltverbände, Kremer, sind die „Seltsamkeiten“ des Verfahrens und die Eile beispiellos. „Sollte das StAUN den bauplanungsrechtlichen Vorbescheid erteilen, werden wir klagen.“ Die Chancen einer solchen Klage schätzt Kremer als ausgesprochen positiv ein.

Unterdessen hat sich die Mehrheit der Wolgaster Stadtvertreter für die Ansiedlung des Kraftwerks ausgesprochen. Als Gründe wurden neue Jobs und Entwicklungschancen für die Region genannt.

#### **Erörterung**

Nach Angaben des StAUN Stralsund haben 2178 Personen insgesamt 1417 gültige Einwendungen eingereicht. Über den Zeitpunkt der Entscheidung über die baurechtliche Zulässigkeit wurden keine

Angaben gemacht. Kraftwerksgegner rechnen damit, dass diese bereits bis zum 27. Dezember verkündet wird.

MARTINA RATHKE



Rund 300 Gegner des Steinkohlekraftwerks in Lubmin demonstrierten gestern in Greifswald zu Beginn des Erörterungstermins zur Zulässigkeit der umstrittenen Milliardeninvestition erneut gegen den Bau.

Foto: dpa